

Pressemitteilung
10.05.2023

Kliniken ächzen unter den steigenden Defiziten – auch Zollernalb Klinikum betroffen

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft veröffentlichte bereits am 31.03.2023 in einer Mitteilung: „Das Gesamtdefizit, das die Krankenhäuser infolge der Inflationskrise kontinuierlich ansammeln, ist zum Monatsende auf 8,95 Milliarden Euro angewachsen. Das ist das Ergebnis einer Berechnung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). Demnach häufen die deutschen Kliniken jeden Monat rund 740 Millionen zusätzliches Defizit an. Ursache dafür sind die stark gestiegenen Preise seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, die immense wirtschaftliche Last mit einem Inflationsausgleich von den Krankenhäusern zu nehmen. 96 Prozent der deutschen Kliniken können ihre Ausgaben nicht mehr aus den laufenden Einnahmen finanzieren.“

BWKG veröffentlicht Defizituhr

Gestern veröffentlichte die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) eine Pressemitteilung, in der deren Vorstandsvorsitzender Heiner Scheffold äußerte: „Die Defizite der Krankenhäuser steigen minütlich – ohne weitere Hilfen fehlen in 2023 mindestens 620 Mio. Euro“.

Weiter wird Scheffold in der der Pressemitteilung zitiert: „Die BWKG und die Krankenhäuser weisen schon lange auf die massiven Finanzprobleme hin und der Bundesgesundheitsminister hat mittlerweile zumindest bei den Energiekosten reagiert. Wir begrüßen es sehr, dass er die pauschale Auszahlung der versprochenen Energiehilfen erhöhen will, und wir sind froh, dass wir bei diesem ‚Überzeugungsprozess‘ immer auf die Unterstützung des Landes und der Bundestagsabgeordneten aus Baden- Württemberg zählen konnten“, so Scheffold weiter. Trotz dieser Verbesserung rechnen die Krankenhäuser für 2023 noch immer mit einem Rekorddefizit von mindestens 620 Millionen Euro.“

„Von der Bundesebene kommen aktuell keine Zeichen, dass die Finanzierung der Krankenhäuser schnell und nachhaltig verbessert wird. Um die Krankenhausfinanzen in diesem Jahr zu stabilisieren, werden wir uns nun auch an das Land wenden und um schnelle Unterstützung bitten. Denn mindestens 250 Mio. Euro des für 2023 erwarteten Defizits sind auf Nachwirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen. Hierbei kann das Land die Krankenhäuser wie im vergangenen Jahr unterstützen“, so der Vorstandsvorsitzende, der gleichzeitig auch Landrat des Alb-Donau-Kreises ist. Die Pflegefachkräfte, die Ärztinnen und Ärzte hätten Enormes bei der Behandlung, Pflege und Versorgung der COVID- 19-Patientinnen und -Patienten geleistet. Diese zweieinhalb Jahre seien aber nicht ohne Spuren an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorübergegangen. Folge sei eine noch dünnere Personaldecke als vor der Krise. Daher sei es nicht verwunderlich, dass die Krankenhäuser ihr früheres Leistungsniveau noch nicht wieder erreicht hätten.

„Die weiteren Defizitgründe sind vielfältig“, betont Scheffold. Es handele sich um die willkürlichen Eingriffe der Bundesebene in die Krankenhausfinanzierung, das überdurchschnittliche Preis- und Lohnniveau im Land und die Inflation durch den Krieg in der Ukraine. An diesen Stellen müsse der Bund grundlegende Verbesserungen schaffen.

Zollernalb Klinikum auch betroffen

Bereits im vergangenen September hatte sich das Zollernalb Klinikum bei der bundesweiten Aktion der Deutschen Krankenhausgesellschaft beteiligt. Die Belegschaft und die Öffentlichkeit wurden damals mobilisiert, die Petition „Alarmstufe rot“ mit zu unterzeichnen.

„Die Lage der Kliniken in ganz Deutschland ist äußerst angespannt. Zusätzlich zu den gestiegenen Energiekosten, den Folgen der Pandemie und dem Fachkräftemangel werden den Kliniken weitere enorme Belastungen aufgebürdet“, so Dr. Gerhard Hinger, vorsitzender Geschäftsführer des Zollernalb Klinikums.

Klinikum wartet weiter auf Geld von Krankenkassen

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die sogenannten Budgetverhandlungen für das Zollernalb Klinikum, die aktuell mit den Krankenkassen für das Jahr 2021 geführt werden, äußerst zäh gestalten. Auch nach drei Verhandlungsterminen wurde noch keine Einigung erzielt. Weiterhin ist der finanzielle Ausgleich der Corona-Mehrkosten durch die Kostenträger strittig.

Immer noch ausstehend ist die Finanzierung des Pflegebudgets für die Jahre 2020 bis heute. Seit 2020 wurden die Pflegepersonalkosten aus den DRG-Fallpauschalen ausgegliedert und parallel dazu über ein krankenhausindividuelles Pflegebudget nach dem Selbstkostendeckungsprinzip finanziert. Doch bislang ist das kommunal geführte Klinikum seit mehr als drei Jahren in Vorleistung getreten. Geld, das dringend benötigt wird.

Die finanzielle Belastung durch die zu erwartenden Tarifabschlüsse im Bereich des TVöD und dem Ärztetarif liegen deutlich über der Einnahmensteigerung durch die Erhöhung des Landesbasisfallwertes. Das bedeutet, einer Lohnkostensteigerung von ca. 6% im nicht-ärztlichen Bereich (TVöD, unter Zustimmungsvorbehalt der Gewerkschaften bis zum 17.05.2023) steht eine Einnahmensteigerung von 4,32% gegenüber.

Auf der Website der DKG www.dkgev.de ist ab sofort eine Defizit-Uhr zu sehen, die in Echtzeit die stetig wachsende Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Krankenhäuser in Baden- Württemberg anzeigt. Umgerechnet auf das Zollernalb Klinikum steigt das Defizit dort um ca. 1.700 EUR pro Stunde an.